

DAS NEUE RECHTSDIENSTLEISTUNGS-GESETZ RDG

Grundsatz:

- *Im Interesse einer sachgerechten, unabhängigen Rechtsberatung ist die Vertretung vor Gericht nur von Anwälten möglich*
- *Gleiches gilt für die umfassende außergerichtliche Beratung*
- *Rechtsberatung im Familien- und Freundeskreis uneingeschränkt möglich*
- *Beratungen unter Anleitung von Volljuristen in Beratungsstellen, Mieterbund etc. möglich*

Eckpunkte des neuen RDG:

- I. umfassende Rechtsberatung nur durch zugelassene Volljuristen**
- II. d.h. das RDG gilt nur für den außergerichtlichen Bereich und reglementiert nur noch Fälle echter Rechtsanwendung**
Keine Rechtsdienstleistungen sind u.a.:
 - 1. allgemeine Aufklärung über rechtliche Hintergründe**
 - 2. die Geltendmachung unstreitiger Ansprüche**
 - 3. die Mitwirkung bei Vertragsabschluss oder einer Vertragskündigung**
- III. alle Berufsgruppen können Rechtsdienstleistungen als Nebenleistung erbringen, wenn sie als Nebenleistung zum Berufs- oder Tätigkeitsbild gehören**
Beispiel: Sanierungs- oder Insolvenzberatung durch Diplom-Betriebswirte, Diplom- Kaufleute, Diplom-Wirtschaftsjuristen

IV. grundsätzlich ist die unentgeltliche Rechtsdienstleistung zulässig

- **Unentgeltlichkeit ist eng definiert und kostenlos muss nicht unentgeltlich sein!**
- **In Vereinen u.a. sozialen Einrichtungen die die Unentgeltlichkeit der Rechtsdienstleistung anbieten, muss die Qualität der Rechtsdienstleistung dadurch sicher gestellt sein, dass eine juristisch qualifizierte Person daran beteiligt ist**
- **ausreichend ist, dass die Rechtsdienstleistungen unter Anleitung einer Person erbracht werden, welche beide Staatsexamen bestanden hat (Rückgriff auf juristische Kenntnisse)**
- **die beratende Person muss entsprechend geschult und fortgebildet werden**
- **Möglichkeit der dauerhaften Untersagung der Tätigkeit zum Schutz der Ratsuchenden**

- V. ermöglicht allen Vereinen die Rechtsberatung ihrer Mitglieder**
- diese Rechtsberatungen dürfen nicht Hauptzweck dieser Vereinigungen sein
 - Mitgliederberatung muss weiterhin gegeben sein
 - Sicherstellung durch eine juristische Person
 - Institution muss personell, sachlich und finanziell angemessen ausgestattet sein
 - auch Vereinen kann durch dauerhaften unqualifizierten Rechtsrat die weitere Erbringung von Rechtsdienstleistungen untersagt werden
- VI. Weitere Inhalte des RDG sind:**
- Reglementierung des Forderungsinkassos
 - Gesetzliche Regelungen zu Zustimmungserfordernissen z.B. Abtretbarkeit anwaltlicher Honorarforderungen
 - Regelungen zur Prozeßvertretung vor Gericht

- wer vertritt wem in welchen gerichtlichen Verfahren (Vertretungsbefugnis)
- unverändert muss die Vertretung in den meisten Gerichtsverfahren durch Rechtsanwälte erfolgen
- entgeltliche professionelle Vertretung nur durch Rechtsanwälte
- berufliche Vertretung vor Gericht nur mit Qualifikation
- bei Gerichtsverhandlung ohne Anwaltszwang grundsätzlich nur Vertretung
 - durch Beschäftigte der Prozesspartei
 - durch unentgeltlich tätige Familienangehörige der Prozesspartei
 - durch unentgeltlich tätige Volljuristen
 - durch unentgeltlich tätige Streitgenossen
- Vertretungsbefugnis für Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften auch bis zum BAG
- Ehrenamtliche Richter grundsätzlich keine Vertreter vor Gericht